

18.11.2013

Kleine Anfrage 1766

des Abgeordneten Torsten Sommer PIRATEN

Kinder von Hartz IV-Empfängern unter Druck

Wie in den Medien berichtet wird, werden Schülern ab 15 Jahren, die in Familien leben, (auch als Bedarfsgemeinschaften bezeichnet), die ganz oder teilweise Leistungen aus dem SGB II beziehen, dazu aufgefordert, ihre Zeugnisse bei der Bundesagentur für Arbeit oder dem Jobcenter vorzulegen. Laut Berichten wird hier immer mehr darauf gedrängt abzuwägen, ob eine weitere Schullaufbahn noch lohnenswert ist.

Es soll interne Dienstanweisungen in der BA geben, die "noch stärker als bisher die vollständige Erschließung des Potentials ausbildungssuchender junger Menschen" befördern sollen. Auch wenn diese Jugendlichen sich derzeit in einer schulischen Ausbildung befinden. Auch sollen vermehrt Schulnoten abgefragt werden, um sie in den Systemen der BA zu speichern.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle sind der Landesregierung aus den letzten fünf Jahren bekannt, in denen Schüler zu Gesprächen in die BA/dem Jobcenter geladen wurden? Bitte nach Fallzahlen pro Jahr aufschlüsseln.
2. In wie vielen dieser Fälle lag der BA/dem Jobcenter bereits eine Schulbescheinigung vor? Bitte nach Fallzahlen pro Jahr aufschlüsseln.
3. In wie vielen der unter 1 genannten Fälle wurden Sanktionen angedroht?
4. In wie vielen der unter 1 genannten Fälle wurden Sanktionen durchgeführt?
5. In wie vielen Fällen wurden in den letzten fünf Jahren Schulnoten in den Systemen der BA/des Jobcenters gespeichert, die nicht aus einem Abschlusszeugnis stammen?

Torsten Sommer

Datum des Originals: 18.11.2013/Ausgegeben: 18.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de